

21.09.1998

Antrag

der Fraktion der CDU

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses II gemäß Artikel 41 der Landesverfassung:

- I. Der Landtag Nordrhein-Westfalen setzt einen aus 13 stimmberechtigten Mitgliedern bestehenden Untersuchungsausschuß ein, in dem die Fraktionen wie folgt vertreten sind:

SPD	6
CDU	5
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2

- II. Der Untersuchungsausschuß erhält anlässlich der Vorgänge um HDO den Auftrag, die Förderpraxis im Bereich der Rundfunk-, Film- und Medienwirtschaft auf Defizite und Mängel zu untersuchen, insbesondere alle Vorgänge und Mißstände in bezug auf das Technologiezentrum Oberhausen HDO zu untersuchen.

1. In bezug auf die Vorgänge und Mißstände im Fall HDO sind insbesondere unter Berücksichtigung des Verhaltens, Handelns und der gegenseitigen Abstimmung innerhalb der Landesregierung, vor allem des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Verkehr, des Ministerpräsidenten bzw. der Staatskanzlei, der nachgeordneten Behörden des Landes Nordrhein-Westfalen und der Stadt Oberhausen folgende Sachverhalte zu untersuchen:

- a) **Das Konzept und die Projektierung des Technologiezentrums HDO**
Dabei ist insbesondere zu untersuchen,

- welche Planungs- und Projektkosten in dieser Phase bewilligt und welche Leistungen dafür erbracht wurden.

Datum des Originals: 21.09.1998/Ausgegeben: 21.09.1998

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.

b) Die Entstehung und Entwicklung von HDO

Dabei ist insbesondere zu untersuchen,

- unter welchen Gesichtspunkten das Projekt von der Landesregierung als förderwürdig eingestuft wurde,
- welche Überlegungen für die Standortwahl entscheidend waren,
- ob und inwieweit die an HDO beteiligte Gesellschaft EMG, die ursprünglich mit SED/PDS-Geldern gegründet wurde, aus dem Technologiezentrum Vorteile gezogen hat,
- welche Bedeutung die Landesregierung der Auswahl der jeweiligen Gesellschafter/Geschäftsführer sowohl in den Anfängen als auch bei der jeweiligen Neuorientierung beigemessen hat und welche Konsequenzen daraus gezogen wurden,
- ob und wie die Landesregierung geprüft hat, welche Chancen und Risiken für andere Unternehmen die Förderung des HDO-Projektes mit sich bringen,
- in welcher Höhe Fördermittel bewilligt und wann sie abgerufen wurden, wie sie verwendet wurden, wie die ordnungsgemäße Verwendung der Gelder kontrolliert wurde und ggfs. welche Konsequenzen aus einer nicht ordnungsgemäßen Verwendung der Mittel gezogen wurden,
- wie die Landesregierung auf die Neuausrichtung des Projektes reagiert hat,
- welche finanziellen Folgen sich aus der Neuausrichtung des Konzeptes ergaben und welche Konsequenzen daraus gezogen wurden,
- wie sich das Projekt wirtschaftlich entwickelt hat,
- ob und in welcher Höhe Bürgschaften/Sicherheiten im Fall HDO gegeben wurden,
- ob die Landesregierung die vertraglichen und gesellschaftsrechtlichen Gestaltungen auf ihre Recht- und Zweckmäßigkeit überprüft hat,
- wer die Konsequenzen im Falle von technischen Unzulänglichkeiten und/oder finanziellen Unregelmäßigkeiten auf der Grundlage der vertraglichen Gestaltungen zu tragen hat.

c) Die Schlußprüfung des Förderprojektes HDO

Dabei ist insbesondere zu untersuchen:

- warum Cooper & Leybrand (C&L) das Testat über die ordnungsgemäße Verwendung der Fördermittel zunächst nicht erteilt hat,
- warum weitere Wirtschaftsprüfungsgesellschaften mit der Erstellung des Schlußverwendungsnachweises befaßt sind und welche Kosten dadurch zum Zeitpunkt der Beauftragung erwartet wurden und welche Kosten bis zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses dadurch entstanden sind.

2. In bezug auf die Förderpraxis im Bereich der Rundfunk-, Film- und Medienwirtschaft im Land Nordrhein-Westfalen sind darüber hinaus vor allem folgende Sachverhalte zu untersuchen:
- wie sich die Förderung seit 1990 in rechtlicher und finanzieller Hinsicht entwickelt hat; dabei sind die eingebrachten Mittel nach Zahl und Förderdauer sowie Zuwendungsgeber aufzuschlüsseln,
 - welche Projekte und Unternehmen mit welchen Beträgen gefördert wurden; ob und inwieweit jeweils eine Beteiligung der öffentlichen Hand und/oder eine kommunalwirtschaftliche Beteiligung festzustellen war,
 - wieviele Arbeitsplätze seit 1990 mit welchem Aufwand geschaffen wurden,
 - nach welchen Kriterien die Förderfähigkeit von Projekten und Unternehmen insbesondere im Vergleich zu nichtgeförderten Unternehmen festgelegt wurde,
 - welche der geförderten Projekte bzw. Unternehmen eine weitere Förderung, auch durch Gewährung einer Bürgschaft, erhielten, um Liquiditätsprobleme und drohenden Konkurs abzuwenden,
 - in welchen Fällen der Konkurs nicht abgewendet werden konnte und wie viele Fördermittel bzw. Bürgschaften dadurch verlorengegangen sind,
 - in welchen Fällen und aus welchen Gründen die Bewilligung der Förderung zurückgenommen wurde, in welchen Fällen die Fördermittel zweckentfremdet oder veruntreut worden sind; in welchen Fällen entsprechend ermittelt wird,
 - wie die Fördervoraussetzungen geprüft und die zweckentsprechende Mittelverwendung kontrolliert wurden,
 - welche Konsequenzen im Falle des Verstoßes gegen Förderauflagen gezogen wurden,
 - wie sich die Bearbeitungsdauer der Förderanträge in den verantwortlichen Behörden gestaltet hat.
- III. Der Untersuchungsausschuß erhält weiter den Auftrag, nach Abschluß der Untersuchungen dem Landtag entsprechend § 25 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen einen Abschlußbericht vorzulegen, aus dem sich ergibt, welche Konsequenzen sich aus den jeweiligen Feststellungen ergeben. Über abtrennbare Teile des Einsetzungsauftrages hat der Untersuchungsausschuß auf Verlangen des Landtags oder der Antragsteller einen Teilbericht zu erstatten, wenn die Beweisaufnahme zu diesem Teil abgeschlossen ist und der Bericht ohne Vorgriff auf die Beweiswürdigung der übrigen Untersuchungsaufträge möglich ist.
- IV. Dem Untersuchungsausschuß und den einzelnen Fraktionen des Landtags werden bis zum Ende des Verfahrens zur Verfügung gestellt:
- a) Für den Ausschuß und den Vorsitzenden:
Ein/e Mitarbeiter/in des höheren Dienstes und eine Halbtags-Schreibkraft

b) Für die drei Fraktionen des Landtags:

Die erforderlichen Mittel für

- je eine/n Mitarbeiter/in des höheren Dienstes und eine Halbtags-Schreibkraft
 - die notwendige technische Ausstattung sowie
- die erforderlichen Räume im Landtag.

Dr. Helmut Linssen

und Fraktion

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

12. Wahlperiode

CDU-Fraktion

Thema auf Einsetzung eines

Unterschiedsausschusses II gemäß Artikel 41
des Landesgesetzes Drs. 12/3350

29/9/95

Nr.	Name	Unterschrift	Nr.	Name	Unterschrift
1	Appelt Jutta	<i>Jutta Appelt</i>	17	Düttmann-Braun Dr. Renate	<i>R. Düttmann-Braun</i>
2	Arentz Hermann-Josef	<i>H. Arentz</i>	18	Eckhold Dr. Heinz-Jörg	<i>Eckhold</i>
3	Balke Franz-Josef	<i>F. Balke</i>	19	Fasse Marie-Luise	<i>M.L. Fasse</i>
4	Bensmann Peter		20	Gemkow Angelika	<i>A. Gemkow</i>
5	Blömer Richard	<i>Blömer</i>	21	Gregull Georg	<i>Gregull</i>
6	Brakensiek Tanja	<i>Tanja Brakensiek</i>	22	Hahn Dr. Rolf	<i>Hahn</i>
7	Breuer Michael Thomas	<i>Breuer</i>	23	Harbich Helmut	<i>Harbich</i>
8	Britz Franz-Josef	<i>Britz</i>	24	Hardt Heinz	<i>Hardt</i>
9	Brüning Hannelore	<i>H. Brüning</i>	25	Hegemann Lothar	<i>Hegemann</i>
10	Brunert-Jetter Monika	<i>M. Brunert-Jetter</i>	26	Henke Rudolf	<i>Henke</i>
11	Brunswicker Renate	<i>Brunswicker</i>	27	Hieronymi Ruth	<i>Hieronymi</i>
12	Dautzenberg Leo	<i>Dautzenberg</i>	28	Horn Dr. Hans	<i>Horn</i>
13	Decking-Schwill Brunhild	<i>Decking-Schwill</i>	29	Hüls Otti	<i>Hüls</i>
14	Diegel Helmut	<i>Diegel</i>	30	Hussing Karin	<i>Hussing</i>
15	Dinther van Regina	<i>Dinther</i>	31	Jostmeier Werner	<i>Jostmeier</i>
16	Droste Wilhelm	<i>Droste</i>	32	Keller Ilka	<i>Keller</i>


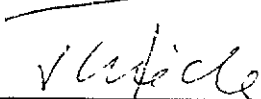
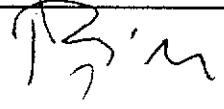

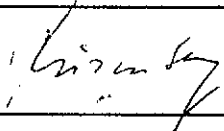


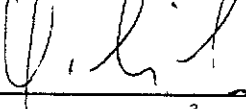
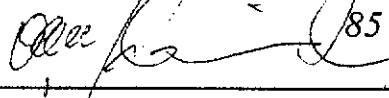
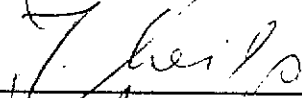

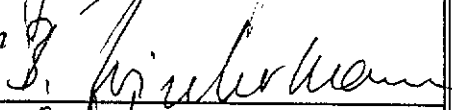

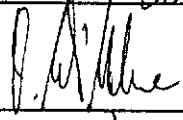
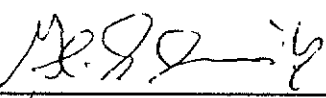
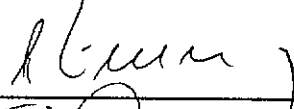
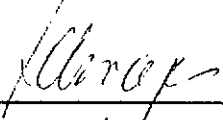
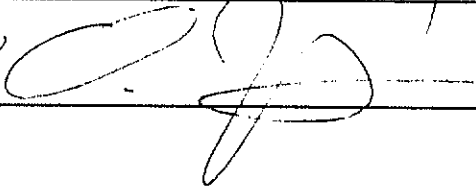
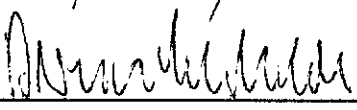

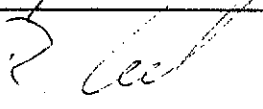

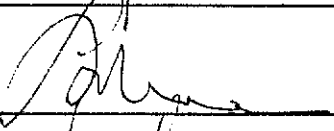
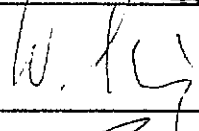
CDU-Fraktion *Widerschriften* Blatt 2 zur Nr. 12/3350

24/5

Nr.	Name	Unterschrift	Nr.	Name	Unterschrift
33	Klein Volkmar	<i>Klein</i>	49	Lorenz Dr. Andreas	<i>Lorenz</i>
34	Klingbeil Dr. Irmgard	<i>Klingbeil</i>	50	Lüke Wilhelm	<i>Lüke</i>
35	Klose Dr. Hans-Ulrich	<i>Klose</i>	51	Lux Rainer	<i>Lux</i>
36	Kollorz Fritz	<i>Kollorz</i>	52	Mahlberg Thomas	<i>Mahlberg</i>
37	Krömer Wilhelm	<i>Krömer</i>	53	Meyer Laurenz	<i>Meyer</i>
38	Kruse Heinrich	<i>Kruse</i>	54	Meyers Heinrich	<i>Meyers</i>
39	Kruse Theodor	<i>Kruse</i>	55	Mohr Paul	<i>Mohr</i>
40	Kuckart Leonhard	<i>Kuckart</i>	56	Monheim Ursula	<i>Monheim</i>
41	Kuhmichel Manfred	<i>Kuhmichel</i>	57	Opladen Maria-Theresia	<i>Opladen</i>
42	Langen Günter	<i>Langen</i>	58	Pangels Franz-Josef	<i>Pangels</i>
43	Leifert Albert	<i>Leifert</i>	59	Paus Heinz	<i>Paus</i>
44	Ley Marie-Theres	<i>Ley</i>	60	Pick Clemens	<i>Pick</i>
45	Lieven Wilhelm	<i>Lieven</i>	61	Pohlmann, Dr. Harald	<i>Pohlmann</i>
46	Lindlar Hans-Peter	<i>Lindlar</i>	62	Posdorf Prof. Dr. Horst	<i>Posdorf</i>
47	Linssen Dr. Helmut	<i>Linssen</i>	63	Recker Bernhard	<i>Recker</i>
48	Löseke Alfons	<i>Löseke</i>	64	Reinhardt Gudrun	<i>Reinhardt</i>

CDU-Fraktion Aufendriften Blatt 3 zu Bes. 12/3350

24/9

Nr.	Name	Unterschrift	Nr.	Name	Unterschrift
65	Reul Herbert		81	Thiede Dietrich	
66	Riscop Franz		82	Uhlenberg Eckhard	
67	Rüsenberg Antonius		83	Wächter Gerhard	
68	Schemmer Bernhard		84	Weisbrich Christian	
69	Schewick van Heinz-Helmich		85	Wilp Josef	
70	Schittges Winfried		86	Wischermann Bärbel	
71	Schlebusch Hans-Martin		87	Wittke Oliver	
72	Schmitz Hermann-Josef		88	Zelnig Siegfried	
73	Schraps Dr. Annemarie		89	Zylajew Willi	
74	Schulte Bernd				
75	Schulte Hubert				
76	Seel Rolf				
77	Siepenkothen Anne-Hanne				
78	Stallmann Klaus				
79	Stump Werner				
80	Tenhumberg Bernhard	